



Beschlussvorlage

öffentlich

Dezernat: Dezernat 3 - Recht, Sicherheit und Ordnung
Amt: Umweltamt
Erstelldatum: 18.05.2022
Vorlagen-Nr.: BV/214/2022

Antrag SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und FW vom 13 .05.2022 Ausarbeitung energiepolitische Leitlinien zum beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien und zur langfristigen Sicherung der Energieversorgung

Beratungsfolge:

Stadtrat

27.06.2022

Sachstandsbericht:

Der gemeinsame Antrag der Stadtratsfraktionen von SPD, Grünen und der Ausschussgemeinschaft FDP/FW vom 13. Mai 2022 thematisiert den in Deutschland notwendigen Ausbau der erneuerbaren Energien bzw. dessen Priorisierung durch die Bundesregierung. Der Antrag nimmt auch Bezug auf die notwendige Treibhausgasreduktion und die energiepolitischen Ziele der Stadt Weiden. Die grundsätzliche Notwendigkeit und Dringlichkeit wird durch die Stadtverwaltung ausdrücklich geteilt. Ein deutlicher Ausbau der erneuerbaren Energien wird mit dem gerade entstehenden Klimaschutzkonzept und dem sogenannten „Weidener Weg“ zur möglichen Entwicklung der Windkraft angestrebt.

Zu. a.): Energiepolitische Leitlinien zum beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien und zur langfristigen Sicherung der Energieversorgung der Stadt sind aus Sicht der Verwaltung sinnvoll.

Die Aufstellung von Leitlinien und Zielen erleichtert es der Verwaltung anhand dieser Planungen vorzubereiten und die konkrete Umsetzung zu forcieren. Bspw. in welcher Priorität, welchem Zeitrahmen und welchem Umfang eingehende Projekte für Freiflächen-Photovoltaikanlagen bearbeitet werden sollen.

Ein entsprechendes erstes Vorgespräch fand zwischen dem Oberbürgermeister, Bürgermeister Höher, den Stadtwerken, dem Energietechnologischen Zentrum Nordoberpfalz, den regionalen Bürgerenergiegenossenschaften und Mitarbeitenden der Verwaltung statt.

Eine Festlegung dieser Leitlinien sollte Teil des Handlungsfelds „Erneuerbare Energien“ des gerade entstehenden Klimaschutzkonzepts werden. Dazu wird es im Rahmen der Akteursbeteiligung ab August Gelegenheit der Teilnahme und Zusammenarbeit geben. Gleichzeitig muss auch aktiv um die Akzeptanz für den Ausbau der erneuerbaren Energien und die konsequente Umsetzung dieser Leitlinien in der Bevölkerung geworben werden. Dazu ist der Schulterschluss von Bürgern, Politik, Verwaltung und den regionalen Energieversorgern und –produzenten unabdingbar.



Zu b.): Die Zusammenarbeit zwischen der Stadt und den umliegenden Landkreisen bei der dezentralen Energieversorgung ist absolut notwendig und wird gerade auf verschiedenen Ebenen angestoßen. Durch den angestrebten Energieträgerwechsel im Bereich des Verkehrs (Elektrifizierung von Bahntrassen, Elektrofahrzeuge im Straßenverkehr) und im Bereich der Heizwärme (Wärmepumpen) und die Digitalisierung wird der Bedarf an elektrischer Energie weiter ansteigen.

Die Stadt Weiden wird als kreisfreie Stadt immer Energie importieren müssen. Gleichzeitig werden Umlandgemeinden und Kreise nur dann bereit sein, erneuerbare Energien zugunsten der Stadt auszubauen, wenn auch Weiden signalisiert, eigene Potentiale zu erschließen. Konkret soll mit dem Klimaschutzkonzept ein Ausbaziel für erneuerbare Energien und eine Erhöhung der Deckungsrate durch auf Stadtgebiet erschlossene Strommengen erreicht werden. 2020 betrug der Anteil der erneuerbaren Energien am Gesamt-Stromverbrauch im Stadtgebiet 13,2%.

Gleichzeitig muss ein einerseits ambitionierter und gleichzeitig realistischer Ausbauplan für die erneuerbaren Energien in der Region entwickelt werden. Energiepolitische Leitlinien für Weiden und die Region müssen zwischen den Prinzipien von Versorgungsstabilität, Wirtschaftlichkeit und Akzeptanz in Einklang gebracht werden. Realistische Ausbau-Potentiale im Bereich der erneuerbaren Energien sind in Weiden und der umliegenden Region v.a. im Bereich der Photovoltaik, Solarthermie und der Windkraft zu erwarten.

Eine vernetzte und dezentrale Entwicklung weiterer Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen und Bürger-Windparks (ähnlich Parkstein und Tannesberg) kann helfen, einerseits eine stabile (resilientere) Stromversorgung, und andererseits eine höhere Akzeptanz in der Bevölkerung zu erreichen. In der Bauleitplanung könnten auch einheitliche Standards in der Region helfen, dass zukünftig gewerbliche und private Bauherren Photovoltaik- und solarthermische Anlagen im Neubau berücksichtigen. Ggf. wird eine entsprechende Novelle der Bundes-Bauverordnung hier auch einheitliche Regeln schaffen.

Zur Aufstellung eines strategischen Ausbauplans für erneuerbare Energien in der Region ist insbesondere die noch ausstehende landes- bzw. bundespolitische Auseinandersetzung mit der Windenergie zu beachten, insbesondere inwiefern die Länderöffnungsklausel im BauGB für 10H erhalten bleibt.

Ausbauplanungen mit neuen Freiflächen-PV-Anlagen und Windparks müssen auch zu einem Ausbau des regionalen Stromnetzes führen. Entsprechende Planungen sollten auch regional vernetzt angedacht werden.

Zunehmende Bedeutung wird auch die Thematik der Stromspeicherung gewinnen. Auch wenn die Region ins nationale und europäische Stromnetz eingebunden ist, gewinnen Speichertechnologien (Batteriespeicher im Eigenheim, Wasserstoff-Pilotprojekte) zunehmend an Bedeutung. Eine parallele Ansiedlung eines landes- oder bundesgeförderten Pilotprojektes kann den Ausbau der erneuerbaren Energien wertvoll flankieren.

Personelle Auswirkungen (Stellenminderungen / -mehrungen):

Keine personelle Auswirkungen

Finanzielle Auswirkungen:

Keine finanzielle Auswirkungen



Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung arbeitet in Zusammenarbeit mit den Umlandgemeinden und den beiden Landkreisen auf eine strategische energiepolitische Planung und mögliche Wege der Umsetzung hin, die eine vernetzte Planung des Ausbaus der erneuerbaren Energien, des Stromnetzes, von Speichertechnologien bündeln. Dazu ist ein geeignetes Format der Zusammenarbeit (z.B. Zweckverband) zu finden. Die Stadtverwaltung informiert den Stadtrat auch zukünftig regelmäßig über den Fortgang dieser Bestrebungen.

Anlagen:

SPD Grüne FW FDP Energiepolitische Leitlinien